

# NATO AUFLÖSEN

**KRIEGE VERHINDERN -  
KAPITALISMUS ABSCHAFFEN**

## **Gegen den Nato-Gipfel**

3. und 4. April 2009

Strasbourg ★ Kehl ★ Baden-Baden

- ★ **Revolutionäre Aktion Stuttgart**  
[www.revolutionaere-aktion.de.am](http://www.revolutionaere-aktion.de.am)
- ★ **Revolutionäre Perspektive Berlin**  
[www.perspektive.nostate.net](http://www.perspektive.nostate.net)
- ★ **Revolutionärer Aufbau Schweiz**  
[www.aufbau.org](http://www.aufbau.org)
- ★ **Projekt Revolutionäre  
Vernetzung Nordbaden**



# Nato auflösen.

**KRIEGE VERHINDERN. KAPITALISMUS ABSCHAFFEN.**

Vom 3. bis 4. April 2009 will die Nato in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden ihr 60-jähriges Bestehen feiern. Neben der öffentlichen Selbstinszenierung als Bündnis für Frieden und Sicherheit werden insbesondere Planungen zur Zukunft des Militärbündnisses Thema des Gipfels sein. Frankreich plant nach 40-jähriger Abwesenheit, seine vollständige Rückkehr in die Militärstrukturen der Nato mit großem Pomp in Szene zu setzen.

Gegen dieses Treffen werden europaweit linke Organisationen und KriegsgegnerInnen vielfältige Proteste organisieren und gegen Kriege, Militarisation und kapitalistische Zerstörung auf die Straße gehen. Es soll nicht das Triumphgebaren der Kriegsstrategen zu sehen und zu hören sein, sondern der unversöhnliche Widerstand dagegen.

## DER NATO DIE FEIER VERMIESEN

Gegen das Treffen der Kriegsstrategen wird von einem breiten Spektrum aus Friedensbewegung, linken Parteien und der radikalen Linken international mobilisiert. Vom 1. April bis zum 5. April wird es ein Widerstandscamp in der Region geben. Für Samstag, den 4. April ist eine Internationale Großdemonstration geplant. Außerdem wird es Blockaden, Aktionen des zivilen Ungehorsams und weitere Aktivitäten gegen das Nato-Treffen geben. Es werden Busse aus verschiedenen Städten organisiert.

### Weitere Infos unter:

[www.natogipfel2009.blogspot.de](http://www.natogipfel2009.blogspot.de)

### HerausgeberInnen:

Revolutionäre Aktion Stuttgart, Revolutionäre Perspektive Berlin, Revolutionärer Aufbau Schweiz, Projekt Revolutionäre Vernetzung Nordbaden

**ViSdP:** Susann Scholz, Edelweißstraße 4, 81541 München

**Druck und Verlag:** Eigendruck im Selbstverlag

**Eigentumsvorbehalt:** Diese Druckschrift ist so lange Eigentum der AbsenderInnen, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur Habenahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Druckschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



**BRENNENDER BUNDESWEHR-PANZER AUF DER ABSCHLUSSKUNDGEBUNG DER DEMONSTRATION GEGEN DEN AFGHANISTANKRIEG AM 20. SEPTEMBER 2008 IN BERLIN**

## Im Einsatz für den Weltfrieden?

Die Nato ist das 1949 gegründete militärische Bündnis der europäischen und nord-amerikanischen Staaten, ihr gehören zur Zeit 28 Länder an. Sie ist das Instrument mit dem diese Staaten ihre Interessen in der Welt gewaltsam durchsetzen. Offiziell stellt sich die Nato als Akteur dar, der für Sicherheit in einer Welt, die wachsenden Gefahren ausgesetzt ist, sorgt.

Es geht dabei allerdings nicht um die Sicherheit der Menschen, die von Verelendung, Naturkatastrophen, auch in Folge

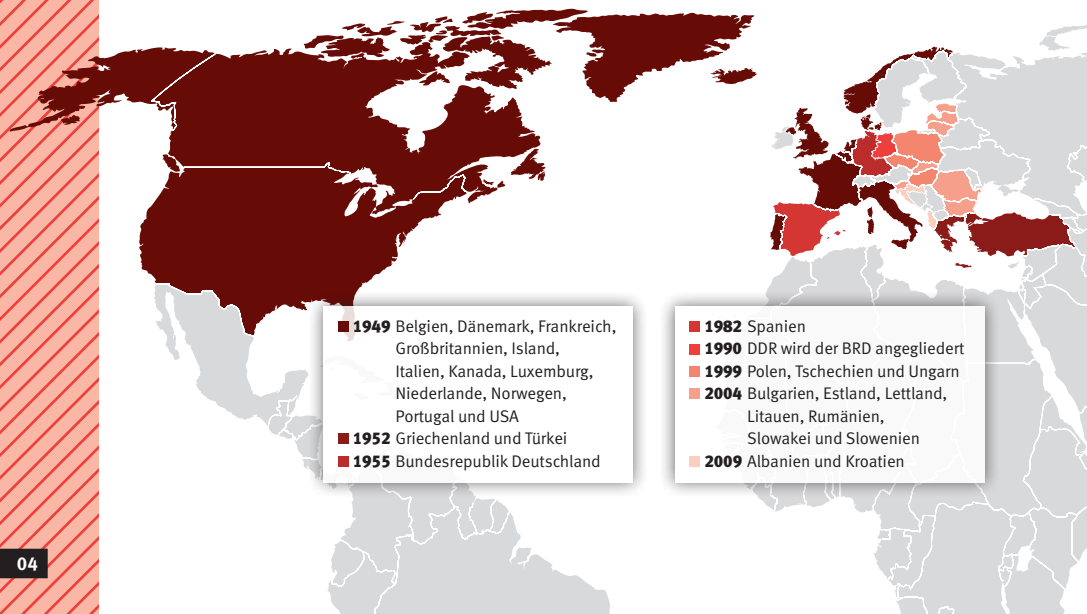
der Zerstörung der Umwelt, und Kriegen bedroht sind, sondern allein um die Sicherung der Dominanz der westlichen kapitalistischen Eliten. Die wachsenden Gefahren für deren Dominanz sind unter anderem, der erschwerte Zugang zu billigem Öl und Gas, ihren Interessen entgegenstehende politische Kräfte und das Erstarren neuer Konkurrenten um Rohstoffe, wie zum Beispiel China und Indien. Die Sicherung der Hegemonie der westlichen kapitalistischen Mächte steht und fällt mit dem Zugang zu billigen

Ressourcen und zu Märkten. Die Nato hat daher maßgeblich die Aufgabe diesen Zugang zu sichern, genauer: herbeizubomben und freizuschießen.

Weitere, von der Nato genannte Ziele sind die Sicherstellung von »Freihandel und Stabilität«. Die bestehende Wirtschaftsordnung, die Eigentumsverhältnisse, sowie die westlich dominierten politischen Systeme sollen um jeden Preis aufrechterhalten werden. Wenn dafür die politischen Mittel versagen wird zu militärischen gegriffen. Solange ein Staat den Interessen der Nato-Staaten dient, hat er nichts zu befürchten, ganz egal welches noch so menschenverachtende Regime dort herrscht. Selbst mit den Taliban bestand solange eine gute Zusammenarbeit, bis diese begannen eigene, den westlichen Interessen entgegenstehende, Machtansprüche geltend zu machen.

Verpackt werden die politischen und ökonomischen Machtinteressen der führenden kapitalistischen Länder als Engagement für gemeinsame Werte und Überzeugungen. Menschenrechte, Demokratie und Frieden sind angeblich die Ziele der Nato. Die Realität sieht jedoch anders aus. Der geheuchelte Einsatz für Menschenrechte entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Vorwand, um die Öffentlichkeit für Kriegseinsätze zu gewinnen. Dies zeigt allein schon die Tatsache, dass Mitgliedsländer der Nato Massenvernichtungswaffen einsetzen, die Todesstrafe anwenden, foltern und, soweit sie kooperieren, keine Berührungsgänge zu äußerst brutalen Regimes haben. Auch die Verbündeten der Nato, die als »demokratische Regierungen« dargestellt werden wie die Regierung Karzai in Afghanistan oder die Regierung von Maliki im Irak sind in hohem Maße für Gräueltaten, Hinrichtungen und Unterdrückung verantwortlich.

#### ZUR ZEIT GIBT ES 28 NATO-MITGLIEDSSTAATEN



AFGHANISTAN SEIT SIEBEN JAHREN UNTER BESATZUNG

## Nato: Kriege im Dienste des Kapitals

Während die Nato bis zum Untergang des »Ostblocks« offiziell auf die »Verteidigung« vor der angeblichen Gefahr aus dem sozialistischen Lager strategisch ausgerichtet war und dafür massiv aufgerüstet wurde, findet seit den 1990er Jahren eine Neuausrichtung hin zu einem »präventiven Interventionsbündnis« statt. Der Angriffskrieg der Nato gegen Jugoslawien war der Beginn der neuen aggressiven Ära. Im Rahmen dieses Krieges fand 1999 der erste deutsche Kriegseinsatz seit 1945 statt, beschlossen von der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Zehn Jahre nach diesem Krieg lässt sich feststellen, dass die Ziele der Nato erreicht wurden: Jugoslawien wurde zerschlagen und Kosovo wurde zu

einem Nato-Protektorat, in dem 15 900 KFOR-SoldatInnen stationiert sind. Mit der Präsenz im Kosovo sichert sich die Nato, und in ihr insbesondere die BRD, den Einfluss in dieser geostrategisch wichtigen Region.

Die Nato, ein angeblich friedenserhaltendes Instrument, betrachtet die ganze Welt als ihr Einsatzgebiet und führt präventiv Kriege. Die militärischen Interventionen der Nato folgen einem strategischen Muster: Aufstandsbekämpfung in dem überfallenen Land, Ausbildung von kollaborierenden Streitkräften, Sicherung des Zugangs zu Märkten und Rohstoffen, Etablierung eines neuen – ihren Interessen dienlichen – Regimes.



20. SEPTEMBER 2008 IN BERLIN UND STUTTART



PANZER UND HELIKOPTER DER KANADISCHEN BESATZUNGSMACHT IN KANDAHAR

Aktuell befinden sich Nato-Truppen in Afghanistan, Irak, Darfur und Kosovo. Außerdem patrouillieren Nato-Schiffe im Mittelmeer. Zudem sind allein in Europa mindestens 240 Atomraketen durch die Nato stationiert.

Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann und weitere fünf ehemalige hochrangige Nato-Generäle betonten 2007 in einem Strategie-Papier mit dem Titel »Towards a Grand Strategy for an Uncertain World« die so genannte vernetzte Sicherheit als zentrales Moment der modernen Kriegsführung. Nicht allein der militärische Aspekt, sondern auch politische, mediale, wirtschaftliche, polizeiliche und nachrichtendienstliche Maßnahmen müssen koordiniert zum Einsatz kommen. Atomare Präventiv-

schläge, Drohungen gegen rohstoffreiche Länder und Interventionen ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates stehen auf der Agenda der Militaristen.

Obwohl sowohl widersprüchliche Interessen zwischen den einzelnen Nato-Staaten, wie zum Beispiel die Differenzen zum Irak-Krieg zwischen Teilen der EU und der USA zeigten, als auch zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen innerhalb der jeweiligen Staaten, existieren, streben die führenden kapitalistischen Länder nach wie vor in zentralen Punkten eine möglichst weitgehende Einigung an. Die Sicherstellung der Hegemonie der westlichen Staaten und die weltweite Durchsetzung der kapitalistischen Verwertungsinteressen auch mit militärischen Mitteln hat für sie Priorität.

## Kapitalismus bedeutet Krieg

Es hat Tradition, Angriffskriege und militärische Interventionen als »Notwendigkeit« darzustellen um die eigenen Interessen vor angeblich feindlichen Mächten zu schützen. Noch nie wurde ein Krieg von den Herrschenden an die Bevölkerung mit den wirklichen Gründen – den eigenen politischen und ökonomischen Interessen – vermittelt. Da die Kriegstreiber für die militärische Durchsetzung ihrer ökonomischen und politischen Interessen, Massenbombardierung, Massenmord, Elend und Zerstörung in Kauf nehmen, brauchen sie immer eine angebliche Bedrohung als Vorwand, der von der Bevölkerung akzeptiert werden kann und der ihre wahren Gründe verschleiert.

Heute werden die einst vom Westen im Kampf gegen die Sowjetunion unterstützten und hochgerüsteten, islamistischen Kräfte beziehungsweise der »islamistische Terrorismus« als Vorwand für die Bombardierungen ganzer Länder, die Vertreibung der Zivilbevölkerung und tau-

sendfachen Mord durch die Nato-Armeen, genutzt. Die Hintergründe des Erstarkens islamistischer Kräfte, ihre tatsächliche Gefahr und die Möglichkeiten für eine wirkliche Demokratisierung sollen in der Gut-gegen-Böse Propaganda untergehen.

Die bürgerlichen Medien verschweigen konsequent die längst bekannten Tatsachen:

- dass erst die aggressive Politik des Westens den fundamentalistischen islamischen Kräften großen Zulauf bringt,
- dass die Gefahr von Anschlägen in den westlichen Ländern tatsächlich marginal ist, von den Militärinterventionen aber eher befördert als gemindert wird,
- dass die Ausgaben für das Militär diejenigen von, in der Regel auch nur vorrangig, zivilen Hilfsleistungen um ein vielfaches übersteigen – was die Behauptung vom Kampf für Demokratie und Menschenrechte ad absurdum führt.



Kriege haben ihre Ursache heute, wie schon seit Anbeginn des Kapitalismus, in den Interessen der herrschenden Klasse. Sie werden gegen die kapitalistische Konkurrenz oder gegen die widerständige Bevölkerung geführt – um Rohstoffe günstiger zu erbeuten, Märkte zu

erschließen und unkooperative Regierungen zu ersetzen.

Selbst in einer Phase der relativen Stabilität des Kapitalismus, wie der nach dem Zweiten Weltkrieg, als in den kapitalistischen Zentren über ein paar Jahrzehnte

## Die Kaukasus-Region: Objekt der Begierde

Die Nato-Osterweiterung, die sich gegen den russischen Einfluss in Osteuropa richtet, wird mit dem US-amerikanischen Bestreben vorangetrieben, Georgien, die Ukraine, und die Balkanstaaten Mazedonien, Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina in die Nato aufzunehmen.

Vor allem geostrategisch wichtige Regionen wie Aserbaidschan, Armenien und Georgien sollen dem Zugriff Russlands entzogen werden. Der Angriffskrieg Georgiens auf Südossetien ist eine gegen den russischen Einfluss gerichtete Aktion gewesen. Russland hat dieses Expansionsstreben militärisch zurückgewiesen. Der Westen hat den Konflikt umgedreht und Russland als Aggressor dargestellt. Besonders die USA forderten ein hartes Vorgehen gegen Russland. Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien haben aufgrund eigener Interessen zwar weniger scharf reagiert, sich aber dennoch eindeutig auf die Seite Georgiens gestellt. Die EU und insbesondere Deutschland

sind in starkem Maße von der Energiezufuhr aus Russland abhängig. Eine Eskalation ist angesichts der vielfältigen wirtschaftlichen Verflechtungen Deutschlands und Russlands folglich zwar nicht im Interesse des deutschen Kapitals, jedoch haben Deutschland und die EU auch geostrategische Interessen in der Kaukasus-Region die gegen Russland gerichtet sind. Insgesamt hat sich im Gegensatz zu früheren Jahren innerhalb der EU ein anti-russischer Kurs durchgesetzt.

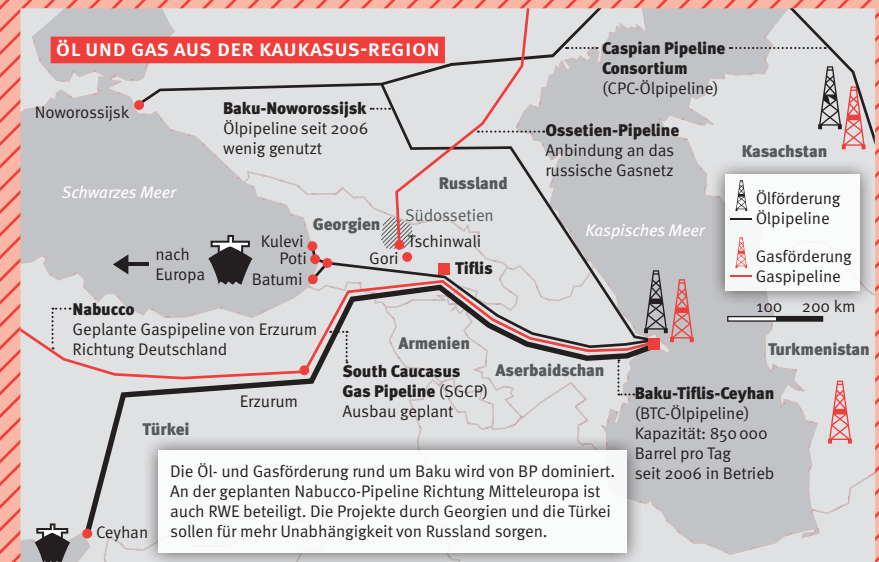
Georgien hat zur Nato und insbesondere zu den USA enge Beziehungen. So ist die georgische Armee mit 2000 Soldaten an der Besetzung des Irak beteiligt. Die Nato, die EU und die USA unterstützen Georgien finanziell und militärisch. Durch Georgien führen wichtige Öl- und Gas-Pipelines, wie die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline, vom Kaspischen Meer bis zum Mittelmeer. Das Land ist wichtig für den Westen, weil Öl- und Gaslieferungen durch Georgien an Russland vorbei führen können.



der Anschein einer sozial verträglichen Marktwirtschaft erweckt werden konnte, gab es Kriege mit Millionen von Toten und unvorstellbaren Zerstörungen: Vietnam und Korea, die von den USA mit Unterstützung der anderen westlichen Staaten zerbombt wurden, sind nur die bekannteren Beispiele. Alle westlichen Länder hatten auf die eine oder andere Art obendrein ihre Finger mit im Spiel, als die antiko-

lonialen Befreiungsbewegungen Afrikas militärisch bekämpft, in Lateinamerika linke Parteien und soziale Bewegungen massakriert und in vielen Ländern Militärdiktaturen installiert wurden.

Die Folgen dieser militärischen imperialistischen Interventionen treiben die Menschen in Armut und Hungerkatastrophen und wirken vielfach auch im Fehlen



demokratischer und linker politischer Strukturen nach. Ähnlich wirken Institutionen wie zum Beispiel der Internationale Währungsfonds (IWF) und dessen den Ländern aufgezwungene Struktur Anpassungsprogramme.

Die imperialistischen Angriffe gehen währenddessen unvermindert weiter. An die Stelle der alten Feinde sind neue getreten, schließlich existieren die kapitalistischen »Sachzwänge« weiter: Es gilt die Interessen des Kapitals der kapitalistischen Zentren durchzusetzen, – mit anderen Worten – die Profite zu sichern.

Geändert haben sich lediglich die Ausgangsbedingungen, unter denen ihre Kriege stattfinden, was grob mit den folgenden Stichpunkten umrissen werden kann:

- Es entwickeln sich zunehmend konkurrierende Interessen der imperialistischen Mächte.
- Trotz militärischer Überlegenheit gestalten sich Interventionen zunehmend komplizierter, unter anderem da die westlichen Armeen immer mehr Schwierigkeiten haben noch starke kollaborierende Kräfte zu finden.

## EU ist nicht das geringere Übel

Nicht nur die Nato führt weltweit Kriege, auch die EU will ihre militärische Schlagkraft erhöhen, um eigenständig Kriegseinsätze durchführen zu können. Das Verhältnis der EU zur Nato ist sowohl von Konkurrenz als auch von Gemeinsamkeiten geprägt. Innerhalb der Mitgliedsstaaten der EU bestehen unterschiedliche Interessen was die Schaffung einer EU-Armee angeht. Frankreich und Deutschland, die tendenziell eher kontinental-europäisch orientiert sind, fordern, dass die EU eine von der Nato unabhängige Verteidigungs- und Sicherheitspolitik durchführt. Andere, transatlantisch ausgerichtete Länder wie Großbritannien, das traditionell militärisch und ökonomisch eng an die USA gebunden ist, setzen dagegen stärker auf die Nato und weniger auf eine eigenständige EU-

Militärpolitik. Konkret zeigen sich diese Widersprüche unter anderem daran, dass Frankreich im Mai 2008 vorgeschlagen hat, einen zentralen Generalstab der EU in Brüssel einzurichten, während Großbritannien massiv gegen ein solches Vorhaben ist, da es in Konkurrenz zur Nato steht.

Ab 1999 wurde mit dem Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) begonnen, um die seit 1992 existierende Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) weiterzuentwickeln und eigene operative Fähigkeiten der EU zu ermöglichen. Es sollte eine »Schnelle Europäische Eingreifgruppe« geschaffen werden. Da dieses Ziel bis 2003 nicht erreicht wurde sind die EU-Battle-Groups gegründet worden, um dennoch in der

- Die ökonomischen und politischen Krisen innerhalb der imperialistischen Staaten und der Widerstand gegen die Besatzungsarmeen setzen den militärischen Interventionen Grenzen.
- In Lateinamerika haben sich schon in mehreren Ländern fortschrittliche Bewegungen, die tief in der Bevölkerung verankert sind, gegen die vom Westen unterstützten rechten Oligarchien durchgesetzt.

Diesen veränderten Bedingungen begegnen die Nato-Staaten mit einer Eskalation ihrer Kriegspolitik. Auf die

absehbare Verknappung von Ressourcen und die verschärfte Konkurrenz, auf die politischen und ökonomischen Krisenerscheinungen in fast allen imperialistischen Staaten, hat der Kapitalismus nur eine Antwort: Kriege zur Absicherung und Ausweitung seiner Profite. Jahr für Jahr steigen die direkten und indirekten Militärausgaben der Nato-Staaten, kontinuierlich werden Planungen für neue Kriege und Interventionen getroffen und es werden vielfältige Propagandamethoden angewandt, um der Bevölkerung die Notwendigkeit von Aufrüstung und Kriegen zu vermitteln.

Lage zu sein, Kriege zu führen. Die EU führt momentan mehrere militärische Einsätze durch, so in Bosnien-Herzegowina, Darfur, Tschad, Guinea-Bissau und vor der Küste Somalias. Die Einsätze werden von den Einsatzkräften der Europäischen Union (EUFOR) geführt. So sind zum Beispiel im Tschad 2732 EUFOR-Soldaten stationiert, von denen Frankreich, die ehemalige Kolonialmacht des Tschad, den Großteil stellt. In Bosnien Herzegowina sind derzeit etwa 2500 EUFOR-Soldaten. Die Militäreinsätze werden vom Rat der Europäischen Union beschlossen, in dem die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitglieder sowie deren Außenminister vertreten sind.

Die EU entwickelte sich somit zu einem eigenständigen militärischen Aggressor, der jedoch im Vergleich mit den USA und der Nato, in den Entscheidungsstrukturen und den

militärischen Kapazitäten, noch nicht weit entwickelt ist. So hat die EU zum Beispiel noch keine gemeinsame militärische Kommandozentrale und Entscheidungsprozesse zu Kriegseinsätzen dauern bis zu einem halben Jahr. Um die Militarisierung der EU voranzutreiben wurde 2004 die Europäische Verteidigungsagentur mit Sitz in Brüssel gegründet, die für Rüstungsplanung, Beschaffung und Forschung zuständig ist. Die EU als angeblich weniger imperialistisches Bündnis zu betrachten und lediglich die Nato und darin besonders den US-Imperialismus als bekämpfenswert zu erachten, ist eine politische Fehleinschätzung. Es sind lediglich geringere militärische Kapazitäten, welche aufgrund der Uneinheitlichkeit der europäischen Länder bestehen, die heute noch den Umfang der EU geführten Kriegseinsätze begrenzen. Es ist keineswegs Ausdruck einer friedfertigeren Politik.

## Militarisierung im Inneren

Die Nato-Staaten haben die größte und stärkste Militärmaschine der Welt und rüsten permanent weiter auf. Entgegen der staatlichen Propaganda geht es nicht um reale Bedrohungen, sondern, wie erwähnt, um die Fähigkeit weltweit für die Interessen des Kapitals militärisch intervenieren zu können.

Gleichzeitig wird die innere Aufrüstung vorangetrieben. Gesetzesverschärfungen, wie zum Beispiel größere Befugnisse für die staatlichen Repressionsorgane, dienen tatsächlich der Sicherheit – der Sicherheit der Herrschenden, die sich zunehmend von der Bevölkerung innerhalb der kapitalistischen Zentren bedroht sehen.

Zur Erweiterung der »regulären« staatlichen Repression und Überwachung kommt immer öfter auch der Einsatz des Militärs im Inland. Während dies in der BRD bisher nur in – sich allerdings häu-

fenden – Einzelfällen wie dem G8-Gipfel 2007 zu beobachten war, ist Italien mit den Militär-Patrouillen in Innenstädten schon einen Schritt weiter.

Innere und äußere Aufrüstung haben ihre Ursache in der Krisentendenz der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise: Zur Sicherung der Profite des Kapitals werden sowohl Kriege geführt als auch die Ausbeutung innerhalb der kapitalistischen Zentren verschärft. Mit militärischer Gewalt werden die Interessen im Ausland durchgesetzt und wenn Polizei und Geheimdienste im Inneren nicht mehr ausreichen soll auch hier aufs Militär zurückgegriffen werden können. Kein kapitalistischer Staat, egal unter welcher Regierung, hat jemals ein Mittel zur Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse ausgelassen, wenn er sich mit dem Widerstand ausgebeuteter und unzufriedener Schichten konfrontiert sah.



## Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte

Wenn wir gegen Krieg und Aufrüstung protestieren und im Februar und April gegen die Treffen der Kriegstreiber auf die Straße gehen, gilt es deutlich zu machen, dass es uns nicht um nur oberflächliche Veränderungen geht. Wir wollen innerhalb der von vielen unterschiedlichen politischen Strömungen getragenen Proteste eine

klare antikapitalistische und revolutionäre Position deutlich machen. Die antimilitaristischen Mobilisierungen können ebenso wie die Kämpfe gegen Sozialabbau, immer schlechtere Arbeitsbedingungen und den Ausbau der Polizei- und Überwachungsapparate letztlich nur mit der Überwindung des kapitalistischen Systems wirklich



erfolgreich sein. Entgegen der herrschenden Ideologie, wonach der Kapitalismus die einzig mögliche und erstrebenswerte Gesellschaftsform sei, gehen wir davon aus, dass eine Welt, in der alle Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen können und in der weder Armut noch Hunger existieren, mit dem kapitalistischen System nicht zu machen ist.

Bis zu dessen Sturz ist es noch ein langer und steiniger Weg. Für eine Perspektive jenseits des Kapitalismus sind die einzelnen Kämpfe, in denen wir neue Erfahrungen machen und uns sowohl unsere Stärke als auch unsere noch vorhandenen Unzulänglichkeiten aufgezeigt werden, notwendig. Diese Kämpfe bleiben aber vereinzelt und immer nur von kurzer Dau-

## Gegen die Siko in München

Vom 6. bis 8. Februar 2009 findet wie jedes Jahr in München im Bayerischen Hof die Nato-Sicherheitskonferenz statt. Dort treffen sich die Führenden der Nato-Staaten und ihre Verbündeten sowie VertreterInnen der Rüstungsindustrie. Neuer Vorsitzender der so genannten Sicherheitskonferenz ist Wolfgang Ischinger, der die Siko als »das wichtigste Forum zum Gedankenaustausch von Entscheidungsträgern der internationalen Sicherheitspolitik«

betrachtet. Das Ergebnis dieser militärischen »Sicherheitspolitik« bedeutet für Millionen Menschen Krieg und Unterdrückung.

Tickets für Busse aus Berlin und Stuttgart sind in den Buchläden Schwarze Risse in Berlin und im Infoladen Stuttgart erhältlich.

**Weitere Infos unter:**  
[www.no-nato.de](http://www.no-nato.de)

er, wenn wir uns nicht Strukturen schaffen die ihnen Kontinuität verleihen und die Basis einer organisierten Gegenmacht gegen die Institutionen der Kriegstreiber, Sozialabbauer und Lohnkürzer darstellen.

Wir sollten uns nicht daran gewöhnen, dass neben imperialistischen Kriegen und innerer Aufrüstung auch der Leistungsdruck an Schule und Uni, sowie die Ausbeutung am Arbeitsplatz und die Kürzungen im sozialen Bereich immer weiter zunehmen. Die Überwindung des Kapitalismus ist auch ohne diese aktuellen Entwicklungen längst überfällig. Er enthält uns schließlich grundsätzlich die Selbstbestimmung über unsere Lebens- und Arbeitsverhältnisse vor und durchzieht die ganze Gesellschaft mit Konkurrenzdenken und Verwertungslogik. Eine Welt, in der nicht immer neue Waffen und Kriegsstrategien entwickelt und Unmengen an Ressourcen dafür vergeudet werden, in der Solidarität an die Stelle von Besatzung und Kriegen tritt, ist keine weltfremde Utopie, sondern eine schlichte Notwendigkeit. Die Abschaffung der Klassenherrschaft derjenigen die über die Produktionsmittel verfügen, Kriege führen, uns ihren Systemzwängen unterwerfen, mit ihrem Repressionsapparat unterdrücken und uns mit ihren Medien manipulieren ist dafür nur die Grundvoraussetzung. Unser Ziel ist eine kommunistische Perspektive, eine klassenlose Gesellschaft in der gemeinsam geplant und entschieden wird, was und wie produziert wird und in der alle am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben.

**Nato zerschlagen – Kriege sabotieren!  
Auf nach Strasbourg und Baden-Baden!  
Für den Kommunismus!**





# Internationale Demonstration gegen den Nato-Gipfel

4. April 2009 ★ Antikapitalistischer Block

## Blockaden und Aktionen

3. und 4. April 2009 ★ Baden-Baden ★ Kehl ★ Strasbourg

## Internationales Widerstands-Camp

1. bis 5. April 2009

